Drittes Großunternehmen innerhalb eines Jahres verläßt Mülheim!

Vallourec Mülheim, vormals Mannesmann, steht wie kaum ein anderes Unternehmen für deutschen Erfindergeist und für nahtlose Rohre. Vor einigen Tagen hat der französische Mutterkonzern angekündigt, die Standorte in Mülheim und Düsseldorf aufzugeben. Die Mülheimer AfD-Fraktion nimmt dazu am 24. Mai wie folgt Stellung:

"Aller guten Dinge sind drei, lautet eine allgemeine Weisheit. Leider nicht in diesem Falle.

Vor wenigen Tagen kündigte der französische Rohrhersteller Vallourec seinen Wegzug aus Mülheim an. Ende des Jahres 2023 soll das letzte Rohr hergestellt und das Werk geschlossen werden. Rund 750 Mitarbeiter werden ihre Arbeit verlieren.

Die Arbeitnehmer erfuhren dies am Mittwochabend durch Pressemeldungen und erst am Freitag trat das Management persönlich vor seine Belegschaft.

Nachdem im letzten Jahr bereits Tengelmann und die Easy Software AG ihren Wegzug ankündigten, ist Vallourec die dritte Großfirma innerhalb eines Jahres, die Mülheim verlassen wird.

Als Gründe für die Schließung werden unter anderem die weltpolitische Lage und die hohen Energiepreise, aber auch eine Überkapazität in der Branche genannt.

Auch wenn die Stadt an diesem Wegzug, anders als bei den beiden anderen Unternehmen, keine direkte Schuld trifft, kann man dies nicht von der Bundesregierung sagen, die durch ihre selbstzerstörerische Energiewende und ein geplantes Ölembargo gegen Rußland die Strompreise auf die Weltspitze getrieben hat und diesen Zustand noch weiter verschlimmern wird. Wenn Unternehmen mit solchen Bedingungen in Deutschland zurechtkommen müssen, so ist es verständlich, wenn daraus solche Schlüsse, wie zum Beispiel ein Abzug von Industriewerken, resultieren."

Auf der anderen Seite kritisiert der Fraktionsvorsitzende Alexander von Wrese auch das Unternehmen selbst:

"Die Art und Weise, wie die Belegschaft vom Verlust ihrer Arbeitsplätze erfahren hat, ist inakzeptabel. Ferner hat es ein Geschmäckle, wenn man darüber liest, daß die Auftragslage in Mülheim nicht allzu schlecht war und dennoch die Produktion voraussichtlich nach Brasilien verlagert wird. Das macht den Eindruck, als wenn durch das Outsourcing lediglich ein Einsparen von unnötigen Kosten verfolgt wurde und sich das Unternehmen nicht um seine soziale Verantwortung gegenüber der Stadt und ihrer Belegschaft kümmert."

Der stellvertretende Fraktionsvorsitzender Dominic Fiedler betont außerdem:

"Wir stehen fest an der Seite der Arbeitnehmer und verstehen den Schmerz und die Verbitterung. Daher müssen den Menschen jetzt schnellstmöglich Alternativen geboten werden. Einem Kauf des Firmengeländes durch die Stadt stehen wir offen gegenüber, wenn gewisse Fragen geklärt sind."

Für den 24. Mai ist eine Sondersitzung des Mülheimer Stadtrates angesetzt.